

«Hysterie ist keine Politik»

Überfällig und dringend notwendig: Polemik mit zudem noch moralisierender Gegenpolemik zu überschütten, führt ins Abseits. Da sind die klaren Worte im Leitartikel von Eric Gujer (NZZ 28. 1. 17) dringend notwendig und ein kleiner Ausgleich. Danke! Die Dinge beim Namen zu nennen und mit gleicher Elle zu messen, scheint arg aus der Mode gekommen zu sein. Auch in der NZZ war leider in jüngster Zeit viel Unsachliches zu lesen, es wurde «Stimmung» gemacht und meine Loyalität zum Blatt damit auf eine harte Probe gestellt.

Carlo Ritter, Uetikon am See

Für mich, wie für viele andere, war Obama kein menschengewordener Messias, aber er war ein kluger Präsident, der acht Jahre redlich und ohne Skandale getan hat, was ihm zu tun möglich war. Angesichts der Hindernisse, die ihm dabei in den Weg gelegt wurden, war das nicht wenig. Warum ergeht sich Eric Gujer in dieser Form der Überzeichnung, des karikierenden Spottes? Trump und sein Kabinett machen mir hingegen Angst. Wer meinte, man solle den armen Mann doch erst einmal sein Amt antreten lassen, denn nichts werde so heiss gegessen, wie es gekocht werde, der wurde in den vergangenen Wochen eines Besseren belehrt. Grosse Besorgnis und berechtigte Empörung haben mit Hysterie nichts zu tun. Die Empörung schliesst nicht aus, dass man sich mit dieser Regierung trotz allem auseinandersetzen wird, schlichtweg weil man es muss. Sie schliesst des Weiteren nicht aus, im Gegenteil, dass man in Europa sein Schicksal, so gut es geht, in die eigene Hand nimmt und sich auf die eigenen Kräfte und Möglichkeiten besinnt.

Alexandra Holenstein Dubach, Gudo

«Beim Klima wird eifrig geschwindelt»

Es ist erschreckend: Die respektable NZZ druckt einen völlig faktenfreien Leserbrief über den Klimawandel ab (NZZ 13. 2. 17). Dies darf nicht ohne Widerspruch bleiben. Es ist nicht klar, worauf A. S. Pflugshaupt seine Behauptung stützt, die beobachtete Erwärmung sei «absolut normal», wenn er gleichzeitig feststellt, dass «erst ab etwa 1980 verlässliche Messungen durch Satelliten vorliegen». Beide Behauptungen sind falsch. Erstens benutzt die Klimaforschung mehrfach qualitätsgeprüfte Temperaturmessungen von einem Netzwerk von Bodenstationen seit 1880, und zweitens ist der Anstieg von weltweit gemittelt 1,1 Grad ungewöhnlich. Baumringe, Eisbohrkerne und andere Indikatoren erlauben den Schluss, dass 1982 bis 2012 die wärmste 30-Jahr-Periode der letzten 1400 Jahre war. Dass die Erwärmung der letzten 50 Jahre weder im «normalen Fehlerbereich» noch «normal» ist, zeigt auch die weltweite Erwärmung des Ozeans, die bereits bis auf eine Tiefe von 2000 Metern vorgedrungen ist.

Der natürliche Treibhauseffekt aufgrund von Wasserdampf und CO₂ in der Atmosphäre sorgt dafür, dass die mittlere Temperatur an der Erdoberfläche etwa +14 Grad beträgt; er ist also lebensnotwendig. Zentral in der Klimadebatte ist jedoch der verstärkte Treibhauseffekt, der durch die Erhöhung der atmosphärischen CO₂-Konzentration

um über 40 Prozent seit der Industrialisierung und den zusätzlichen Wasserdampf als Folge der Erwärmung entsteht. Das ist eine direkte Konsequenz der Verbrennung fossiler Brennstoffe und der Abholzung.

Natürlich gab es Epochen kürzerer Gletscherstände in den Alpen, aber es darf nicht verschwiegen werden, dass wir die Ursachen genau kennen: Damals gelangte aufgrund einer leicht veränderten Neigung der Erdachse etwas mehr Sonneneinstrahlung auf die Erde. Damals wie heute reagieren Gletscher sehr sensibel auf Veränderungen der Wärmebilanz der Erde, allerdings aus völlig unterschiedlichen Gründen.

Im letzten Absatz holt der Leserbriefschreiber zum Rundumschlag aus, indem er sämtliche haltlosen Behauptungen wiederholt, die seit vielen Jahren in einschlägigen Kreisen kursieren und schon eingehend widerlegt wurden. Es ist bedenklich, wenn solche polemischen und faktenfreien Aussagen heutzutage selbst in der NZZ Eingang finden.

Prof. Thomas Stocker
Abteilung für Klima- und Umweltphysik
Universität Bern

Wenn ich auch die Meinung des Lesers Andreas S. Pflugshaupt über den CO₂-Zertifikatshandel teile, finde ich es übertrieben, das Klimaabkommen als Abzocke des Steuerzahlers zu bezeichnen. Es ist dringend notwendig, dass unsere Jugend frühzeitig dafür sensibilisiert wird, der Umwelt Sorge zu tragen. Die generelle Disziplin lässt immer mehr nach. Überhaupt nicht zur Sprache kam beim Verfasser die immer noch stattfindende Verschmutzung durch die Schifffahrtsindustrie sowie den Flugverkehr. Diese Emissionen tragen nachhaltig zur Klimaerwärmung bei. Es kann via GPS genau dargestellt werden, in welchem Ausmass das Verbrennen des Schweröls zur Verschmutzung bzw. zur Erwärmung beiträgt.

Patrick Tarakdjian, Oberrieden

Den einleitenden Bemerkungen von Leser A. S. Pflugshaupt zu den durch die NZZ am 19. 1. 17 veröffentlichten Daten möchte ich nicht widersprechen. Fakt bleibt aber, dass zu meiner Schulzeit an der Lägern bei Baden jährlich durch den SAC ein Schülerskirennen durchgeführt wurde. Ferner hat sich die Zahl der Menschen in nur 200 Jahren von einer Milliarde auf acht Milliarden erhöht, entsprechend gestiegen ist die Verbrennung fossiler Brennstoffe. Dies ist ein Fakt, der in früheren Klima-Perioden nie vorgekommen ist. Leider sind Überzeugungen gefährlicher als Lügen.

Peter Baumgartner, Langenthal

Der Mittelstand wird geschöpft

Die NZZ (8. 2. 17) versucht zu belegen, dass die «oberen Zehntausend» fast 90 Prozent der direkten Bundessteuern berrappen und auch in den Kantonen und Gemeinden mehr als die Hälfte der direkten Steuern bezahlen. Den zu gut 90 Prozent vom Mittelstand zu begleichenden Mehrwertsteuern widmet der Artikel nur einen kurzen Satz, und er erwähnt die Mineralölsteuer, die ebenfalls zum grössten Teil den Mittelstand belastet, mit keinem Wort. Die zwei Drittel der Bevölkerung werden jedoch nicht nur durch Steuern geschöpft. Für jede noch so kleine Dienstleistung des Staates werden zusätzliche Gebühren verlangt;

erwähnt seien nur die Kehrlicht-, Regenwasser-, Abwasser- Kaminfege-, Strassenbeleuchtungsgebühren und so weiter. Die Funktion einer Zwangsabgabe haben zusätzlich auch die jährlich steigenden Krankenkassenprämien. Bei all diesen zusätzlichen Belastungen frage ich mich immer öfter, was ich denn eigentlich für die von mir bezahlten direkten Steuern als Gegenleistung erhalte. Viele Bürgerinnen und Bürger empfinden sich immer stärker als die Dummen, die den Mund halten sollen und im Sinne der Eliten zu funktionieren haben. Langsam, aber sicher dämmert es uns, und wir machen nicht mehr mit.

Markus Minder, Muri

«In der Demografie-Falle»

Max Amstutz macht es sich etwas gar einfach, wenn er die anhaltenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Schwierigkeiten in Teilen Afrikas «eindeutig» auf die demografische Situation zurückführt und folglich eine prioritäre Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) auf die «Bekämpfung der hohen Geburtenrate» fordert (NZZ 10. 2. 17).

Zwar stimmt es, dass die anhaltende Bevölkerungszunahme in gewissen Teilen Subsahara-Afrikas Entwicklungsgewinne rasch wieder zunichtemacht. Sie hat aber vielfältige Ursachen, welche sich nicht einfach durch mehr Mittel für Aufklärungs- und Verhütungsprogramme beseitigen lassen. Erfahrungen aus anderen Weltgegenden zeigen, dass die Geburtenrate sinkt, sobald sich die wirtschaftlichen und persönlichen Aussichten vor allem für Frauen verbessern: Ausbildung, ein geregeltes Einkommen, gesellschaftliche Mitbestimmung. Zudem würde es auch einer global gebündelten EZA kaum je gelingen, die existierenden Missstände im Alleingang zu beheben, ist ihr Beitrag im Vergleich zu privatwirtschaftlichen Geldflüssen nach und aus Afrika doch verschwindend klein. Der Privatsektor wäre also ebenso gefordert.

Leider nur trägt die Praxis vieler transnationaler Unternehmen, erzielte Gewinne zwecks Steueroptimierung nach Europa oder Übersee zu verlagern, kaum zu wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung in Subsahara-Afrika bei.

Bernd Steimann
Koordinator Entwicklungspolitik Helvetas

Danke. Es ist sehr erfrischend, einen solchen Artikel zu lesen. Wann immer das Problem Überbevölkerung angesprochen wird, wird oft emotional reagiert, und der Überbringer dieser Meldung wird als Menschenfeind dargestellt. Vielleicht wird der Autor dieses Artikels nicht allzu stark angegriffen, weil das Problem ja weit weg in Afrika liegt. Unsere Massenmedien sind übervoll mit Artikeln, welche Probleme wie das Abholzen der tropischen Wälder, Überfischung der Meere, Anstieg des CO₂-Gehaltes, Artensterben usw. behandeln. Alle diese Probleme sind Auswirkungen unserer Überbevölkerung, nicht in Afrika, sondern bei uns. Leider wird dieses Problem nicht mit der nötigen Dringlichkeit behandelt, wir betreiben vielmehr kurzfristige Symptombehandlung, um irgendwelche Probleme zu verzögern. Die Ursache jedoch, die Überbevölkerung, wird kaum je angesprochen. Warum eigentlich nicht?

Fritz Gloor, Uster

TRIBÜNE

Sterben wir zu teuer?

Gastkommentar

von KONSTANTIN BECK und VIKTOR VON WYL

Wie teuer dürfen Behandlungen am Lebensende sein, wenn diese eine beschränkt lebensverlängernde Wirkung haben, fragte Simon Hehli (NZZ 14. 12. 16). Wer soll diese Frage beantworten? Sollen es Politikerinnen und Politiker, die sich damit auf ein ethisch sehr heikles Parkett begeben?

Wohl kaum. Und wohl auch nicht die Ärzte. Denn einerseits hat der Behandlungsentscheid oft einen (in)direkten Einkommenseffekt für den Behandelnden. Andererseits haben manche Ärzte ein gespanntes Verhältnis zum Sterben. Der Tod wird oft als Niederlage empfunden und wird darum zuweilen auch über das medizinisch Sinnvolle hinaus bekämpft.

Warum aber nicht gerade diejenigen fragen, welche die Behandlungen auch finanzieren, nämlich die Allgemeinheit? Das ist umso bestechender, als es ja nicht um eine medizinische Frage geht, welche Methode welchen Behandlungserfolg verspricht. Es geht vielmehr darum, wie viel Geld (bei gleicher, abnehmender oder steigender Lebensqualität) zur Verlängerung des Lebens eingesetzt werden soll. Diese Dimensionen können viele Personen bewerten, vorausgesetzt, die Fragen werden ihnen logisch konsistent gestellt.

Das Nationale Forschungsprogramm 67 «End of life» illustrierte einmal mehr die hohen Kosten am Lebensende. Obwohl pro Jahr lediglich 8 Promille der Bevölkerung sterben, verursachen diese in der Grundversicherung 4,6 Prozent aller Behandlungskosten. Dabei stechen beispielsweise die jungen Personen mit Krebsbehandlungen hervor, deren Todesfallkosten das 4,8-Fache der Kosten gleichaltrig Versterbender ausmachen.

Ein systematischer Vergleich der Kosten im letzten Lebensjahr zeigt bei den unter 66-Jährigen, dass die Mehrheit, nämlich 70 Prozent, relativ geringe Gesamtkosten (durchschnittlich 16 000 Fran-

Die Kosten der meisten Behandlungen bewegen sich innerhalb der von der Bevölkerung tolerierten Bandbreite.

ken) aufweist und auch im Sterbemonat nur moderat in den Kosten ansteigt. Von den Verbleibenden weisen 26 Prozent konstant hohe Kosten auf, durchschnittlich 84 000 Franken, und nur 4 Prozent einen extremen Kostenanstieg im letzten Lebensmonat. Bei den über 65-Jährigen weisen sogar 78 Prozent einen relativ flachen und moderaten Kostenverlauf auf, 16 Prozent weisen markante Spitzen am Lebensende auf, während die höchsten Kosten von lediglich 6 Prozent der Sterbenden verursacht werden. Überhaupt sterben Senioren günstiger als jüngere Menschen.

Gemäss der ausgefeilten Fragebogentechnik, welche Harry Teller und Barbara Fischer (Polynomics) bei 1500 Personen angewandt haben, beträgt die Zahlungsbereitschaft für ein Jahr Lebensverlängerung bei konstanter Lebensqualität rund 100 000 Franken, für ein Jahr bei bester Gesundheit steigt sie auf 200 000 Franken. Die vom Bundesgericht angewandte Limite von 100 000 Franken liegt in ähnlichen Dimensionen.

Die Zahlungsbereitschaft ist zudem unabhängig davon, ob die Befragten selber oder andere Personen von der teuren Behandlung profitieren werden. Westschweizer akzeptieren hingegen einen stärkeren Anstieg in den Krankenkassenprämien als Deutschschweizer, wenn dieser auf Behandlungen am Lebensende zurückzuführen ist, und für schwerkranke Kinder ist die Zahlungsbereitschaft höher als für Erwachsene.

Trotz dieser sehr hohen Zahlungsbereitschaft übersteigen die tatsächlichen Behandlungskosten in 19 Prozent der tödlich verlaufenden Tumorerkrankungen den von den Befragten akzeptierten Wert. Betrachtet man sämtliche Todesfälle, so wird die Schwelle nur bei 6 Prozent überschritten. Betrachtet man nur die über 65-Jährigen, so übersteigen die Kosten die akzeptierte Schwelle in 24 Prozent der Fälle. Auch eine Bevölkerung, welche hohe Kosten am Lebensende akzeptiert, stuft die Behandlungskosten bei Krebspatienten in zahlreichen Fällen als zu hoch ein.

Im Grossen und Ganzen stellen wir aber fest, dass der Wert von Behandlungen am Lebensende hoch eingestuft wird und sich die meisten Behandlungen innerhalb der von der Bevölkerung tolerierten Bandbreite bewegen.

Konstantin Beck ist Leiter des CSS-Instituts für empirische Gesundheitsökonomie und Titularprofessor der Universität Luzern; **Viktor von Wyl** ist Privatdozent am Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention der Universität Zürich.

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 238. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor:
Eric Gujer

Stellvertreter:

Luzi Bernet, Colette Gradwohl, Thomas Stamm, Daniel Wechlin

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Thomas Stamm, Anja Grünenfelder, Daniel Wechlin

International: Peter Rásonyi, Andreas Rüesch, Andres Wysling, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Stefan Reis Schweizer, Nicole Anliker, Nina Belz, Marie-Astrid Langer, Christian Weisflog, Daniel Steinvorth

Schweiz: Michael Schoenenberger, Marcel Gyr, Paul Schneeberger, Claudia Baer, Jörg Krummenacher, Simon Gempert, Daniel Göry, Frank Sieber, Marcel Amrein, Erich Aschwanden, Marc Trübhorn, Simon Hehli, Helmut Stalder

Bundeshaus: Heidi Gmür, Christof Forster, Jan Flickiger, Valerie Zaslavski

Bundesgericht: Katharina Fontana

Wirtschaft / Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Ernes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Rütli Ruzicic, Andrea Martel Fus, Claudia Aebbersold Szalay, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Lucie Paška, Hansueli Schöchli, Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Natalie Gradwohl,

Werner Grundtner, Daniel Imwinkelried, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft, Christoph G. Schmutz, Michael Schäfer, Dieter Bachmann, Jörg Müller

Fußball: René Scheu, Roman Hollenstein, Angela Schader, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Thomas Ribl, Uwe Justus Wenzel, Ueli Bernays, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Philipp Meier

Medien: Rainer Stadler

Zürich: Luzi Bernet, Alois Fausi, Dorothee Vögeli, Irène Troxler, Urs Bühler, Walter Bernet, Brigitte Hürlimann, Stefan Fotz, Adi

Kälin, Natalie Avanzino, Andreas Schürer, Fabian Baumgartner, Jan Hudoc, Lucien Scherrer

Sport: Elmar Wagner, Flurin Claluna, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birrer, Markus Wanderli, Philipp Bärtsch, Samuel Burgener, Claudia Rey

Meinung & Debatte: Martin Senti, Andreas Breitenstein, Elena Panagiotidis

Panorama: Katja Baigger, Susanna Ellner

Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stefan Betschon, Stephanie Kusma, Lena Stallmach, Helga Rietz

Wochenende/Gesellschaft: Colette Gradwohl, Susanna Müller, Anja Jardine, Herbert Schmidt

Nachrichtenredaktion: Anja Grünenfelder, Manuela Nyffenegger, Nina Fargahi, Tobias Bühlmann, Martina Läubli, Katrin Schreggenberger

Webproduktion: Michèle Schell, Roman Sigrist, Susanna Rusterholz

GESTALTUNG UND PRODUKTION

Art-Direction/Bild: Reto Althaus, Brigitte Meyer. **Fotografen:** Christoph Ruckstuhl. **Blattplanung:** Philipp Müller. **Produktion/**

Layout: Hansruedi Frei. **Korrektorat:** Yvonne Betttschen.

Archiv: Ruth Haener. **Storytelling:** David Bauer. **Video:** Sara Maria Minzo. **Projekte:** André Mierz

WEITERE REDAKTIONEN

Verlagsbeilagen: Walter Hagenbüchle. **NZZ am Sonntag:** Chefredaktor: Felix E. Müller. **NZZ Folio:** Daniel Weber. **NZZ TV/Format:** Silvia Fleck. **NZZ Geschichte:** Peer Touwson

NZZ-MEDIENGRUPPE

Veit V. Dengler (CEO)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29, leserbrieft@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST.)

Abonnement NZZ inkl. digitaler Ausgaben: 684 Fr. (12 Monate), 378 Fr. (6 Monate), 201 Fr. (3 Monate)

Abonnement NZZ Digital: 504 Fr. (12 Monate), 288 Fr. (6 Monate), 156 Fr. (3 Monate), 52 Fr. (10 Wochen)

Abonnement NZZ Digital Plus: 588 Fr. (12 Monate), 318 Fr. (6 Monate), 171 Fr. (3 Monate), 73 Fr. (10 Wochen). Montag bis Samstag digital, am Samstag zusätzlich die gedruckte Ausgabe

Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler Ausgaben: 498 € (12 Monate), 268 € (6 Monate), 135 € (3 Monate), übrige Auslandspreise auf Anfrage

Kombi-Abonnement NZZ und NZZ am Sonntag inkl. digitaler Ausgaben: 816 Fr. (12 Monate), 456 Fr. (6 Monate), 246 Fr. (3 Monate), 90 Fr. (10 Wochen)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementpreise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

Alle Preise gültig ab 2. 11. 2016

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2017

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 115 510 Ex. (Wemf 2016)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG
Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors